

**Gegenstand: Einführung einer Baumschutzsatzung;
Prüfantrag der Stadtratsfraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und
SWG vom 07.05.2021
[Vorlage: 0708/2021](#)**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die mündliche Begründung erfolgt durch Frau Zachmann. Die Notwendigkeit wird in der Vorlage ausführlich dargelegt, nicht nur für den öffentlichen, sondern auch den privaten Bereich. Alte Bäume sind besonders als Filter wertvoll, daher sollte man auch die Wurzelscheibe schützen. Sie spielen eine Rolle für das Mikroklima als Schattenspender. Vorreiter bei den Satzungen sind LD und FT, auf deren Erfahrungen man zurückgreifen könnte. Auch MA und DA haben entsprechende Satzungen.

Die Rechtsgrundlage wäre laut Vorsitzender vorhanden. Der Prüfauftrag und der Satzungsentwurf sollten im Ausschuss beraten werden, bevor die Satzung zur Beschlussfassung in den Rat kommt. Auch die Untere Naturschutzbehörde der Stadt plädiert für mehr Wurzelschutz.

Herr Feiniler zeigt sich überrascht von dem Antrag. Hätte man eine solche Baumschutzsatzung schon gehabt, wären manche Bauvorhaben betroffen, z.B. die KiTa Kastanienweg oder der S-Bahn-Halt Süd hinsichtlich der Erhaltung von Frischluftschneisen. Er wendet sich gegen eine Satzung, die nur auf dem Papier besteht und von der ständig über Ausnahmetatbestände abgewichen wird. Die SPD kann einem Prüfauftrag aber zustimmen.

Die FDP spricht sich durch Herrn Oehlmann dafür aus, eine Änderung hinsichtlich eines Baumschutzkonzepts im öffentlichen Bereich zu entwickeln. Dort sind gravierende Schäden nicht von der Hand zu weisen, es werden Neubesatz und Ergänzungspflanzungen notwendig. Dabei sollte auch die Frage geklärt werden, was man wo anbaut. Eine Fokussierung auf private Grundstücke sei kontraproduktiv, weil sie zur Folge haben würde, dass Anpflanzungen wegen der Satzung vermieden werden. Die privaten Eigentümer müssen die Hoheit über die Gestaltung des eigenen Grundstücks behalten. Die Satzung in Mannheim bezeichnet er als Bürokratiemonster.

Herr Popescu begrüßt für die Linke den Prüfauftrag; die Fraktion sei früh eingebunden worden. Bäume sind wichtige Klimabeiträge in der Stadt. Ziel muss sein, zu entsiegeln und den Bestand zu erhalten.

Auch Herr Ableiter erklärt, die BGS werde dem Prüfantrag zustimmen, bleibe im Ergebnis aber offen. Bisher hat man solchen Satzungen nicht zugestimmt, weil diese nur auf Bäume der Bürgerinnen und Bürger abgezielt hatten. Dies führt dazu, dass die Leute keine Bäume mehr pflanzen oder diese dann nicht über 60 cm Stammumfang wachsen lassen, um einer Reglementierung zu entgehen. Es sollten nicht nur vorhandene Bäume geschützt, sondern insgesamt noch mehr Bäume gepflanzt werden.

Nach Auffassung von Herrn Czerny würde eine Baumschutzsatzung auch die Bäume am S-Bahn-Halt erhalten, die sogar von den Planern selbst als erhaltenswert gesehen werden. Diese Kenntnis hat die Vorsitzende nach eigenem Bekunden nicht.

Frau Höchst erklärt, eine Baumschutzsatzung werde dazu führen, dass ganz viele Ausnahmen zugelassen werden müssen, was zu einem zusätzlichen bürokratischen Aufwand führen wird, auch verwaltungsseitig, Kosten zur Folge hat und die Bürger zusätzlich unter Druck setzt. Die AfD ist nicht begeistert von einer solchen Idee.

Nach Erläuterung von Frau Zachmann sollte eine solche Satzung für den öffentlichen und den privaten Bereich gelten. Sie unterstreicht die Wertigkeit aller Bäume. Besitz verpflichte auch, dürfe aber natürlich Maßnahmen des Gemeinwohls nicht gefährden. Sie setzt dabei auf die Erfahrungen anderer Städte.

Frau Dr. Mang-Schäfer fordert Recherchen dazu, wie eine solche Satzung bürgerfreundlich und mit Vorbildcharakter der Stadt für mehr Baumschutz ausgestaltet werden kann; dabei sollte man den Sachverstand der Verwaltung einbinden. Sie bezeichnet es als schade, dass einige Fraktionen diese Idee schon vor einem ersten Entwurf ablehnen.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich (bei 3 Gegenstimmen: Haupt, Höchst – AfD, RM Kübitz, und 2 Enthaltungen: Schön – AfD, WG Schneider):

Die Verwaltung wird beauftragt, die Einführung einer Baumschutzsatzung für Speyer anhand bestehender Satzungen aus anderen Städten zu prüfen.

Das Prüfergebnis und ein etwaiger Satzungsentwurf sind vor Einbringung in den Stadtrat durch den Ausschuss für Stadtklima, Umwelt und Nachhaltigkeit zu beraten.

- II. In Abdruck an FB 2-250 - zur Kenntnis und weiteren Veranlassung
- III. In Abdruck an FB 5-550 - zur Kenntnis und weiteren Veranlassung
- IV. In Abdruck an FB 1-140 - zur Kenntnis
- V. z.d.A

Speyer, den 07.06.2021
Stadtverwaltung



Stefanie Seiler
Oberbürgermeisterin